Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73/74
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 814, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Lützow 1909, 3248, 8394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen und Stellengesuche 70 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag

Nummer 186. Donnerstag, 17. April 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Maßnahmen zu Münchens Befreiung.

Eigene Drahtmeldung.

Nürnberg, 16. April.

Der Ältestenrat des Bayerischen Landtags in Bamberg hatte heute eine neue Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Hoffmann, die in allen wesentlichen Punkten eine vollständige Uebereinstimmung ergab. Besonders hat die Erkenntnis, daß ein weiteres Hinausschleppen wirksamer Hilfe für München und Südbayern die schlimmsten Folgen haben würde, eine einheitliche Auffassung über die sofort zu ergreifenden Maßnahmen gezeitigt und die Widerstände gegen eine außerbayerische Hilfe beseitigt. Die Maßnahmen sind bereits eingeleitet. Die Schaffung der Volkswehr in Bayern unter Heranziehung aller Volksschichten und die sofortige Ermöglichung des Selbstschutzes des platten Landes wird den Ministerrat heute abend beschäftigen.

München macht sich bereits auf ernste Kampfereignisse gefaßt. Die Machthaber haben die Zugangsstraßen mit Feldartillerie besetzt; rings um die Stadt sind Feldwachen aufgestellt und Schützengräben ausgehoben, in die Maschinengewehre eingebaut werden. Die Regierungstruppen sind mit starker Artillerie bereits bis Dachau, 20 Kilometer vor München, gekommen und bereiten einen Angriff vor. Die Regierung bereit augenblicklich über die Forderung des Aeltestenausschusses des Landtages, die angebotene Reichshilfe anzunehmen, um München und Südbayern aus der bedrohten Lage zu befreien. Jeder Verkehr mit München ist unterbrochen. In München selbst sind, wie Personen erzählen, die im Automobil von dort angekommen sind, die Zustände noch dieselben wie gestern. Der Generalstreik dauert an. Als Gewalthaber betätigt sich jetzt der Anarchist Sontheimer, der mit dem 24jährigen Studenten Toller „das klassenbewußte Proletariat" mit zahlreichen Proklamationen beglückt. So soll auch bereits die Gemeinschaft der Frauen vom 18. bis 35. Jahre beraten worden sein.

(Auch in diesem Punkte erinnert das Treiben der Münchener Kommunisten nur zu genau an ihre historischen Vorgänger, mit denen die Weltgeschichte auch ihre Nachfahren schon gerichtet hat, ich besonderen an den Wahnwitz Münchener Wiedertäufer, der kurz vor ihrem Sturz am greellsten in die Erscheinung trat. — Die Schriftleitung.)

D. Bamberg, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Ernährungsfrage teilt das Staatsministerium für Land- und Forstwirtschaft mit, daß sie von der Politik unbeeinflußt bleiben müßte, d. h., daß die Regierung Hoffmann es bleibt, gegen die Münchener Gewalthaber mit einer Hungerblockade vorzugehen. Den Ausführungen ist weiter zu entnehmen, daß die Ernährungskrise in Bayern übermunden und es gelungen ist, in die Lieferungen überall wieder Ordnung zu bringen.

In München selbst ist die Lage trostlos. Bahn-, Post- und Telegraphenverkehr ruhen vollständig. Der größte Teil der Geschäfte, sowie fast alle Gasthäuser sind geschlossen. Die Lebensmittelnot ist bis zur Katastrophe gestiegen. Kartoffeln gibt es überhaupt nicht mehr; Milch, Fleisch und Fett sind nur in verschwindend kleinen Mengen zu erhalten. Da es auch an Kohlen mangelt, muß der Betrieb der oberbayerischen Eisenbahn schon in den nächsten Tagen eingestellt werden. Damit ist München dem Hungerelend völlig preisgegeben. In einer Sitzung des Zentralrates in München wurde festgestellt, daß, wenn durch Einstellung der Eisenbahnen keine Milch mehr nach München geliefert werden könne, Tausende von Säuglingen verhungern würden. Trotz dieser schlimmen Lage verbreiten die Machthaber in München durch lügenhafte Flugsprüche an Lenin und Flugblätter, die aus Flugzeugen überall herabgeworfen werden, München leide keinen Mangel, weil aus Ungarn und Italien Vorräte eingetroffen seien. Da aber in den Kasernen Münchens die Soldaten ebenfalls schon Mangel an Lebensmitteln leiden, hat man unter dem Vorwand, nach Hamstervorräten zu fahnden, umfangreiche Plünderungen vorgenommen. Die vornehme Leopoldstraße leidet besonders darunter. Eine Panik in allen eleganteren Vierteln Münchens hat Platz gegriffen. Der Zentralrat ließ gestern eine große Anzahl vornehmer Bürger, darunter siebenzig- bis achtzigjährige, als Geiseln verhaften. Die aus den Straßenkämpfen in Berlin und Bremen bekannten Anarchisten und kommunistischen Führer sind in München nach und nach alle eingetroffen.

Die Reichsexekution gegen Braunschweig.

Eigene Drahtmeldung.

N.-H. Magdeburg, 16. April.

Der Generalstreik in Braunschweig ist beendigt. Die Führer der Braunschweiger Bewegung haben mit General Maercker, der in Braunschweig Reichsexekution üben soll, in Magdeburg unterhandeln wollen. Ihnen ist Heimsteds als Ort einer Zusammenkunft bezeichnet, zugleich aber mitgeteilt worden, daß die jetzigen Braunschweiger Machthaber von General Maercker lediglich die Bedingungen in Empfang nehmen könnten, die er auf Befehl der Reichsregierung zu stellen und durchzuführen habe. Die Forderungen der Reichsregierung betreffen: Entwaffnung der Bevölkerung, Auflösung der Volksmarinedivision und der Volkswehr und Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden nur aus Braunschweigern. Außerdem hat General Maercker den Auftrag, die bisherige Regierung in Braunschweig abzusetzen und eine neue Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung einzurichten. Auch der braunschweigische Arbeiterrat soll aufgelöst werden. Ein Widerstand ist in Braunschweig nicht geplant. Die Volksbeauftragten haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Bevölkerung zur Wahrung von Ruhe und Ordnung und zur Besonnenheit auffordern. Der seit dem 8. April völlig unterbrochene Verkehr mit Braunschweig dürfte noch vor Ostern wieder aufgenommen werden.

In Erwartung der deutschen Unterhändler.

Endgültige Entscheidung über Schleswig.

Havas-Meldung.

Paris, 16. April.

Am Dienstag hatte der Viererrat eine kurze Besprechung. Lloyd George war durch Balfour vertreten. Die Schleswiger Frage wurde entsprechend den Beschlüssen des Gebietsausschusses endgültig geregelt. Die Bewohner Schleswigs werden über ihre künftige Zugehörigkeit entscheiden. Das Referendum wird in Nordschleswig en bloc, in Mittelschleswig nach Gemeinden stattfinden, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans hielten am Dienstag eine Vollsitzung ab, in der erörtert wurde, ob die Kosten für die Besetzung des linken Rheinufers von den Verbündeten oder von den Deutschen zu tragen seien. Die Angelegenheit wurde schließlich dem Viererrat zur endgültigen Beschlußfassung überwiesen.

Die amtliche Einladung an die deutschen Vertreter ist noch nicht ergangen, wird aber wahrscheinlich heute durch General Nudant erfolgen, der die Deutschen in Spaa ersuchen wird, die Einladung an die deutsche Regierung weiterzugeben. Wahrscheinlich werden die Beschlüsse, die Deutschland unterbreitet werden, zunächst den unmittelbar beteiligten Staaten vorgelegt, ehe sie Deutschland bekanntgegeben werden. In diesen Zusammenhang wird mit der Abhaltung einer geheimen Vollsitzung gerechnet. Die deutschen Vertreter werden am 25. April in Versailles eintreffen. Die Besprechungen werden wahrscheinlich erst ein oder zwei Tage später beginnen. Die deutschen Vertreter können einen Kurier an ihre Regierung senden, um den genauen Wortlaut zu übermitteln. Da die Reise nach Berlin und zurück acht Tage in Anspruch nimmt, wird den deutschen Unterhändlern ein entsprechender Zeitraum zur Unterzeichnung gewährt werden. Man hofft bis zum 13. Mai mit diesen Formalitäten fertig zu werden.

Blutige Auftritte auf dem Mailänder Domplatz.

to. Lugano, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der allgemeine Ausstand in Mailand dauert fort; auch die meisten Blätter erscheinen nicht. Gestern nachmittag kam es zwischen Sozialisten und Gegendemonstranten zu schweren Zusammenstößen. Die Redaktion des „Avanti" wurde verwüstet. Bis jetzt sind 4 Tote und etwa 60 Verwundete gemeldet worden. Für heute werden der Kriegs- und Arbeitsminister erwartet. Der Präfekt wies in einer Kundgebung darauf hin, daß die öffentliche Gewalt von den Waffen keinen Gebrauch gemacht habe, während der „Sole", das einzige heute an der Grenze eingetroffene Mailänder Blatt, berichtet, daß in der Nähe des Domplatzes von Regierungstruppen auf Demonstranten geschossen worden sei.

Sturz der lettischen Regierung in Libau.

R. Königsberg, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) **Aus Libau wird gedrahtet: Die vorläufige lettische Regierung in Libau, die seit November sich am Ruder befand, ist heute ganz unerwartet durch Truppen der deutsch-baltischen Landeswehr gestürzt worden. Der Ministerpräsident Ulmanis ist zu der englischen Kommission geflüchtet, der Minister des Innern Walters verhaftet worden. Die Bevölkerung ist durch den Umsturz völlig überrascht. Englische Truppen sind in Libau gelandet.**

England und der Bolschewismus.

London, 16. April. Unter den heutigen Zuschauern im Unterhause befand sich der Prinz von Wales. Lloyd George wurde bei seinem Erscheinen mit lautem Beifall begrüßt. Er sagte, es sei seine ernste Ueberzeugung, daß ein militärisches Einschreiten zu Rußland der größte Unsinn sein würde, er wolle lieber Rußland dem Bolschewismus überlassen, als erleben, daß Großbritannien bankerott mache. Von der Anerkennung der bolschewistischen Regierung könne keine Rede sein. Es sei niemals vorgeschlagen, noch darüber verhandelt worden. Deutschland würde eine Armee haben, die für den Polizeidienst ausreichend sein würde und eine Flotte, die eben genügen würde, um seinen Handel zu beschützen. Die Verbündeten wünschten einen gerechten, strengen aber keinen Rachefrieden.

S. Haag, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times" warnen vor der Gefahrbesäuflichen Bolschewismus, der die Welt in einigen Jahren mit einem neuen Kriege überziehen werde. Der „Herald", das Organ der Arbeiterpartei, sagt, daß man endlich erfahren müsse, was zu tun sei, um die Sicherheit der Mannschaften in Archangelsk zu gewährleisten. Das Blatt verlangt Aufklärung, unter welchen Bedingungen die Alliierten mit Rußland Frieden zu schließen bereit seien, mit einem Wort, wozu ein neuer Krieg, der in Vorbereitung sei, geführt werden solle.

Lloyd Georges Sprachrohr zur Friedensfrage.

S. Haag, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Chronicle" befreicht die Reden Scheidemanns und Brockdorff-Rantzaus, die das Blatt als „Full dress-speeches" bezeichnet, die dazu bestimmt wären, der deutschen Friedensvertretung den Weg zu ebnen. Zu der Aeußerung des Grafen Brockdorff, daß die Regierung keinen Frieden unterzeichnen werde, der von den Grundsätzen der 14 Punkte Wilsons abweiche, meint das Blatt, es komme alles darauf an, wie man eben diese Grundsätze auslege, und sagt weiter: „Was in der Rede Scheidemanns von besonderem Interesse ist, das ist seine Absage an den Leninschen Bolschewismus und an die Räteregierung nach russischem Muster. Wir können voll übereugt sein, daß er es ehrlich meint, und zwar deshalb, weil er den Frieden braucht. Es ist nur natürlich, daß der Ministerpräsident die Gelegenheit benutzt, Deutschland als ersten Bewerber für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen in einem wiederhergestellten Rußland zu bezeichnen.

Churchills Warnung.

Amsterdam, 16. April. Nach den hier eingetroffenen englischen Blättern vom 12. April sagte Churchill in seiner Rede auf dem Frühstück im Adwich-Klub am 11. April u. a.:

Diese Generation wird, nach dem, was sich ereignet hat, niemals verzeihen können, aber ein Friede würde doch einen Zustand mit sich bringen, in dem gemeinsame Interessen anerkannt werden. Die geschlagene Partei würde nach Abtragung ihrer Verpflichtungen doch wenigstens wieder eine Lebensmöglichkeit, Aussichten für die Zukunft und Gelegenheit zur Buße haben. Wenn Deutschland in bolschewistische Anarchie versinkt, so gibt es nicht nur keine Entschädigung, sondern wir würden auch selbst verarmen und das Wiederaufleben des Handels würde durch die wachsende Unordnung gelähmt werden. Ein Weg zur Buße steht Deutschland offen; wenn es nämlich den Bolschewismus bekämpft, und ein Bollwerk dagegen bildet, so ist das der erste Schritt zu einer Wiedervereinigung mit der zivilisierten Welt. Wenn Deutschland aus innerer Schwäche oder infolge feindlichen Einmarsches den bolschewistischen Pest verfällt, so würde es zwar zweifellos in Stücke gerissen werden, aber was würde dann aus uns werden, was aus dem Frieden, den wir sehr wünschen, aus dem Wiederaufblühen des Wohlstandes und aus dem Völkerbunde? Es würde dann zwei Verbände geben, einen Bund der Besiegten und einen Bund der siegreichen Nationen, und der Bund der Besiegten könnte leicht die Rüstungen wieder aufnehmen, während der Bund der siegreichen Nationen das Schwert zur Seite legt. Noch einmal würde jenes schreckliche Gleichgewicht von Gegensätzen entstehen, das vor fünf Jahren das Vorspiel zum Ausbruch des großen Krieges bildete.

Die deutschen Westgrenzen.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Ztg.".

Paris, 16. April.

In der Frage der deutschen Westgrenzen wurden gestern folgende weitere Einzelheiten festgesetzt: Die linksrheinischen Gebiete sollen 15 Jahre lang militärisch besetzt bleiben, zuerst durch kombinierte alliierte Truppen, dann durch französisch-belgische. Die Ententestreitkräfte sollen fortlaufend in drei Etappen zurückgezogen werden und zwar in dem Maße wie Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen erfüllt.

Amerikanischen Depeschen zufolge hat die Veröffentlichung der Zusatzklausel der neuen Völkerbundsverfassung die Opposition gegen Wilson entwaffnet. Der Senat wird die Vorlage nunmehr ratifizieren. Die „Morning Post" versichert trotz des zu erwartenden offiziellen Dementis, daß die Alliierten-Konferenz gegenwärtig tatsächlich einen Antrag auf Abschluß eines Friedens mit den Bolschewiki und auf Versorgung Sowjet-Rußlands mit Lebensmitteln studiere. Der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" zufolge soll die Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages am 2. Mai stattfinden. Wilson werde am 3. Mai abreisen.

Sie möchten den Frieden weiter verzögern.

A. Zürich, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Pariser Presse zu entnehmen ist, wird die deutsche Friedensvertretung in Versailles nicht vollständig im „Hotel des Réservoirs" untergebracht werden können, da dieses nur etwa 75 Gäste aufzunehmen vermag. Für die übrigen wird das „Hotel Vatel" freigemacht. Außerdem erwägt man die Requirierung des „Hotels Suisse". Inzwischen beginnt sich die Pariser Presse zu fragen, ob die Berufung der deutschen Vertretung auf den 25. April nicht etwas verfrüht sei. Das „Journal" weist darauf hin, daß noch außerordentlich zahlreiche Gegenstände, die sich namentlich auf Oesterreich-Ungarn, die Türkei und den Völkerbund beziehen, zu beraten seien und nicht gelöst werden könnten, wenn der Kampf mit den deutschen Bevollmächtigten bereits eröffnet sei. Der „Matin" erklärt, daß auch die Entschädigungsfrage noch nicht zur Befriedigung Frankreichs geregelt sei. Selbst wenn Deutschland die Kriegspensionen voll bezahlen und alle Ruinen wieder aufbauen sollte, blieben für Frankreich immer noch 161 Milliarden eigentliche Kriegskosten übrig. Müsse Frankreich diese Lasten allein tragen, dann werde es trotz seines Sieges schließlich zu Grunde gehen.

Die Schadenersatzforderungen.

S. Haag, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Pariser Korrespondent der „Daily Mail" verweist auf die widerstreitenden Berichte bezüglich der Schadenersatzforderungen und meint, was die Vergütung anbetreffe, so hätten die Alliierten nunmehr endgültig bestimmt, in den Friedensvertrag keine Zahlen aufzunehmen, sondern erst zu einem Zeitpunkt, da Handel und Wandel in Deutschland wieder im Gange seien und man eine Gewähr dafür habe, was Deutschland bezahlen könne.

Paris, 16. April. (Havas.) Der Budgetausschuß der Kammer nahm einstimmig eine an Clemenceau gerichtete Entschließung an, worin der Ausschuß die Regierung auf die schwierige Lage aufmerksam macht. Es heißt darin, daß die jährlichen Ausgaben Frankreichs in Zukunft nicht unter 22 Milliarden Frank bleiben würden. Der Ausschuß betrachte es daher als eine Forderung elementarster Gerechtigkeit, vom Feinde die volle Bezahlung der Kriegsschulden zu verlangen.

Unsere Einfuhr an Lebensmitteln.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Was über die Einfuhr von Lebensmitteln in die Oeffentlichkeit dringt, ist herzlich wenig, und doch handelt es sich hierbei um ein Problem von grundlegender Bedeutung für die Existenz unseres Volkes. Die Danziger Frage hat bewiesen, was eine Regierung selbst in schwierigster Lage vermag, wenn das Volk geschlossen hinter ihr steht. Wie aber soll die Oeffentlichkeit Stellung nehmen, wenn sie nicht weiß, was hinter den Kulissen vorgeht. Nichts wäre verfehlter als zu glauben, die uns von der Entente erteilte Einfuhrgenehmigung genüge, um unsere Versorgung sicher zu stellen und eine gerechte Wiederaufnahme des deutschen Wirtschaftslebens für die Dauer zu gewährleisten. Die Einfuhrgenehmigung nutzt uns nichts, wenn nicht gleichzeitig volle Sicherheitsleistung besteht und ein Modus der Finanzierung für die gesamte Belieferung mindestens eines Jahres gefunden wird, der eine Finanzgebarung des Reiches ermöglicht, die überhaupt noch als eine solche bezeichnet werden kann.

Die Oeffentlichkeit hat das dringendste Interesse daran, zu erfahren; wie diese Dinge stehen, und ob die beiden genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Ist dies aber nicht der Fall, und gewisse Anzeichen, wie die Einstellung der dänischen Zufuhren, legen diese Vermutung nahe, so handelt es sich um eine vitale Frage, deren Lösung in breitester Oeffentlichkeit gesucht werden muß und die ebenso sehr eine Sache des gesamten Volkes ist wie die territorialen Fragen.

Das Problem der Lebensmittelbeschaffung kann nur im Zusammenhang mit der kommenden Ernte und mit einer dauernden Sicherstellung unserer Ernährungslage betrachtet werden. Wenn es aber richtig ist, was kaum bestritten werden wird, daß die nächste Ernte infolge ungenügender Arbeitskraft und mangelnder Düngerzufuhr noch hinter den Kriegsernten zurückbleiben wird, dann wird der Einfuhrbedarf des kommenden Wirtschaftsjahres ein ganz gewaltiger sein. Es wird nicht nur die erneute Erstdeckungsfrage uns ersehen sein, sondern darüber hinaus noch soviel, daß endlich wieder eine volle Sättigung des Volkes eintritt, ohne die an eine geregelte Produktion nicht gedacht werden kann.

Stoßen aber bereits die ersten schüchternen Versuche des freihändigen Ankaufs von Lebensmitteln auf unüberwindliche Finanzierungsschwierigkeiten, wie denkt man sich dann die Zukunftsaussichten des deutschen Volkes? Die Finanzierung unserer Käufe findet ihre Grundlage bisher lediglich in Warenlieferungen oder Goldzahlung bzw. Verpfändung. Die obere Grenze der Warenlieferung ist durch den Arbeitswillen und die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter gezogen, die ihrerseits im ernsten Zusammenhang mit der Ernährungsfrage steht. Der Goldhingabe aber bleibt bei der Ueberemission an Noten ein sehr geringer Spielraum, wenn nicht mit unserer Währung unser gesamtes Wirtschaftsleben rettungslos zusammenbrechen soll.

Demgegenüber wächst von Tag zu Tag die Gefahr des langsam von Osten und Südosten vorrückenden Bolschewismus. Diese Gefahr kann durch nichts anderes gebannt werden als durch Lebensmittel, ein Gedanke, der heute zum Gemeingut aller noch nicht vom Bolschewismus erfaßten Staaten werden sollte. Aus dieser Lage zwischen offenem Staatsbankerott und erobertem Bolschewismus, zwei in ihren Endergebnissen gleichen Erscheinungen, gibt es nur den einen Weg einer großzügigen Kreditaktion seitens der liefernden Staaten, insbesondere seitens Amerikas. Entschließt sich die Entente nicht, unsere gesamte ausreichend zu bemessene Lebensmittelzufuhr nicht nur sicher zu stellen, sondern auch durch einen langfristigen mindestens 10jährigen Kredit zu finanzieren, dann könnte leicht der Fall eintreten, daß eine Regierung einfach nicht mehr in der Lage wäre, die Verantwortung für die weitere Entwicklung zu tragen.

Erschöpfen wir unsere geringen Mittel vorzeitig durch die Finanzierung der dringendsten Lebensmittelzufuhren, so werden nicht nur weitere Lebensmittel-Importen an der Finanzierungsfrage scheitern, sondern wir werden überdies keinerlei Möglichkeiten der Einfuhr der für unsere Industrie dringend erforderlichen Rohstoffe besitzen. Stellt sich dagegen das Volk einmütig auf den Standpunkt, daß es ohne völlige Zerrüttung unseres gesamten Wirtschaftslebens nicht möglich sei, den bisher von den Exportstaaten geforderten Modus der Finanzierung zu verfolgen, dann wird es unsern Unterhändlern wesentlich leichter sein, die unbedingt erforderliche großzügige Kreditaktion in Form einer Valutaanleihe in die Wege zu leiten. Denn so viel steht fest, daß die Entente in ihren Kardenfenden Teilen ein ebenso großes Interesse an der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland haben müßte wie wir selbst.

Wie die landwirtschaftliche Produktion, so ist auch eine genügende, gesicherte und finanziell erträgliche Einfuhr eine Lebensfrage für das Reich. Ein Frieden ohne befriedigende Regelung dieses Problems kann kein wahrer Frieden sein. Heute regiert das deutsche Volk sich selbst. Man enthalte ihm nicht die Kenntnis und die Entscheidung über Dinge vor, von deren Entwicklung sein Wohl und Wehe abhängt. Wenn das Volk in dieser Frage ebenso einig, wie um Danzig seine Stimme in die Waagschale wirft, wenn es nicht nur geschierte Zuruhren, sondern auch annehmbare Bedingungen verlangt, dann wird sich sicher den heutigen Verhältnissen keine Macht der Welt seinen berechtigten Forderungen verschließen können. Das deutsche Volk verlangt keine Geschenke. Es wird bei Heller und Pfennig seinen Verpflichtungen nachkommen, es verlangt aber im Namen aller Kulturvölker der Erde, daß ihm nun, da die Waffen ruhen, nicht die Möglichkeit genommen wird, durch Tatkraft und Fleiß wieder zu genesen.

Die erschwerte Ausladung der Lebensmittel.

Bremen, 16. April. (Eigene Drahtmeldung.) Teilweise, namentlich in kleineren Betrieben, wird hier noch gearbeitet. Die Stauer und sonstigen Hafenarbeiter streiken auch und die Ausladung der Lebensmittelschiffe ist zunächst einmal unterbrochen; wahrscheinlich wird es nun in den zwei Arbeitstagen vor Ostern nicht wieder zur Arbeit kommen.

Wie aus Bremerhaven berichtet wird, gewährleisten Arbeiterrat und Seeschutzausschuß in Bremerhaven die ungestörte Abfertigung der auf der Unterweser laufenden amerikanischen Lebensmittelschiffe und den ungestörten Abtransport aller dort lagernden oder auf Lager zu bringenden Lebensmittel. Sie werden